

Wie das nach Anlage suchende Vermögen eine Energiewende bewirken kann

Abstract:

Europa braucht eine unabhängige Energie-Infrastruktur. Eine solche kann durch das im Überfluss vorhandene, nach Anlage suchende Kapital finanziert werden. Dazu muss lediglich ein Weg gefunden werden, der Anleger davon überzeugt, ihr Geld in die Energiewende zu investieren.

Sparer suchen in Zeiten hoher Inflation nach einer sicheren Wertanlage. Ungedecktes Geld ist kein stabiler Wert. Aber durch welchen realen Wert können Sparguthaben gedeckt werden, wenn die Ressourcen dieses Planeten begrenzt sind? Was auch immer als Wertanlage gehortet wird, bleibt zu einem großen Teil der realen Nutzung und dem Handel entzogen. Dies geschieht teils vorsätzlich, um durch Verknappung hohe Preise zu erpressen. Überhöhte Preise brechen irgendwann zusammen.

Es gibt nur eine Ressource, die nicht begrenzt ist, die jeder braucht und die sich daher als einzige für Wertanlagen eignet: Energie! Sie wird von der Sonne jeden Tag geliefert und als Wärme von der Erde wieder abgestrahlt, und kann nicht verlustfrei gehortet werden. Energie eignet sich somit nicht für preistreibende Verknappungsspiele am Anlagemarkt und ihr Preis bleibt daher stabil. Energie steckt in jeder Nahrung. Die Natur verwendet sie als Währung und zeigt, wie ein crashfreies System funktioniert.

Um Energie als Wertanlage nutzbar zu machen, müsste beim Bau neuer nachhaltiger Kraftwerke ein Großteil der in Zukunft zu erwartenden Leistung in Form von Kilowattstunden-Gutscheinen (kurz „Kiwat“ genannt), vorverkauft werden. Diese Gutscheine dürften aber nicht nur bei dem neu errichteten Kraftwerk einlösbar sein, sondern innerhalb des gesamten Stromnetzes.

Da der Staat ein wesentlicher Anteilseigner am Energiesektor ist, sollte er Kiwat auch als Steuertilgungsmittel akzeptieren. Damit werden sie zur Zweitwährung neben dem Euro. Das bedeutet, Sparer welche Kiwat erwerben, erhalten damit einen universellen Wert, genau wie Geld, aber ohne den Nachteil von Inflation. Denn eine Kilowattstunde ist auch in 1000 Jahren noch eine kWh. Die Produktion von Waren braucht Energie und somit wird Energie immer die Basis aller Warenpreise sein. Sie wird nie ihren Wert verlieren.

Der Euro dient weiter als Vorfinanzierungswährung und wird durch eine Bankenaufsicht kontrolliert. Der Kiwat dient dann parallel dazu als Wertaufbewahrungswährung und braucht ebenso eine Aufsichtsbehörde. Sie sorgt dafür, dass die Geldschöpfung bei der Errichtung von Kraftwerken an deren Leistung angepasst wird. Die Kilowattstunde von Solarkraftwerken muss geringer entschädigt werden als jene von grundlastfähigen Kraftwerken. Die Differenz wird für die Errichtung von Speicheranlagen ausbezahlt, denn diese machen Solarstrom grundlastfähig.

Der Euro ist durch die Leistungsversprechen der Kreditnehmer gedeckt. Damit verschulden wir die nächsten Generationen. Der Kiwat wird durch die Leistung bereits errichteter Kraftwerke gedeckt, die wir an die nächste Generation übergeben.

Im folgenden Text wird zunächst die Situation Europas in Bezug auf Energie und Geldwesen erläutert, und danach die Idee einer Energiewährung (Kiwat) genauer vorgestellt. Es wird gezeigt, dass der Kiwat nicht nur zur Bewältigung der Energiekrise dient, sondern auch den Crash des Währungssystems verhindern kann, indem er ein weiteres Abwandern des Geldes in den Wertpapiermarkt verhindert. Dort kreist Geld vor allem im Handel der Anleger untereinander und bleibt damit der Realwirtschaft entzogen. Der Kiwat ist ein durch wertschöpfende Arbeit herstellbares Anlagegut und bringt das Geld zurück in die Realwirtschaft. Damit wird der Geldkreislauf geschlossen.

Der Text richtet sich an Entscheidungsträger aus der Politik und dem Energiesektor. Die Politik gibt den Auftrag, die Energiewirtschaft hat das nötige Know-How für die Umsetzung, denn Strom wird heute bereits im Verbund abgerechnet. Kraftwerksbetreiber sollten interessiert sein ihre Energie vorzuverkaufen. Sie erhalten damit ihre Einnahmen sofort und nicht erst irgendwann. Dies ermöglicht ihnen zu wachsen und weitere Kraftwerke zu bauen. So wird die Energiewende finanzierbar.

Wie das nach Anlage suchende Vermögen eine Energiewende bewirken kann

(Der Text darf frei vervielfältigt und weiterverbreitet werden.)

Einleitung: Wo stehen wir heute?

Europa befindet sich in einer Rezession und weder Politik noch Ökonomen scheinen einen Lösungsansatz zu kennen, um die Wirtschaft wieder auf Trab zu bringen.

Althergebrachte Ideologien kochen wieder hoch: Die Linken oder die Grünen sind schuld, der Rechtsruck ist eine Gefahr, usw.

Dieser Text zeigt einen neuen Lösungsansatz, jenseits von rechter und linker Ideologie.

Etwas klarer als die Frage danach, wie wir aus der Rezession heraus kommen, ist die Frage danach wie wir in sie hinein kamen. Oberflächlich betrachtet waren da die Corona-Lockdowns und die Russland-Sanktionen. Dahinter standen klare machtpolitische und finanzielle Interessen. Der Ukraine-Krieg ist eine Antwort auf den Versuch des Westens, die NATO zu erweitern. Hinter der NATO stehen die Interessen der Waffenindustrie. SARS-CoV2 war mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Virus aus einem Labor und hinter den Laboren stehen die Interessen der Biowaffen und der Pharmaindustrie. Die Medien machen diese Hintergründe kaum zum Thema. Würden sie das tun, so müsste das erste und dringlichste Thema der Corona-Aufarbeitung die Schließung der Biolabore sein. Ich sehe aber niemanden, der sich dafür stark macht.

Durch die Russland-Sanktionen, die Abschaltung von deutschen Atomkraftwerken, die Sprengung der Nordstream-Pipeline durch den Westen und jetzt den durch Israel herbeigeführten Konflikt mit den arabischen Erdöllieferanten wird Energie in Europa knapp und teuer. Die USA erlaubt nicht, dass Deutschland die vierte heil gebliebene Nordstream-Pipeline in Betrieb nimmt, also müssen die Bürger leiden. Das alles sind keine Naturkatastrophen, sondern der wirtschaftliche Niedergang ist menschengemacht. Aber wozu? Wer kann von Krieg, Zerstörung, Abwanderung der Industrie, Spaltung der Gesellschaft durch überbordende Zuwanderung und anderen Katastrophen profitieren?

Es gibt nur einen einzigen Sektor, der in jedem Fall davon profitiert: Der US-dominierte Finanzsektor. Denn am Finanzmarkt kann auch auf den Untergang von Unternehmen gewettet werden. Für Spekulanten ist nicht wichtig in welche Richtung sich die Gesellschaft bewegt, ob nun hin zum Wohle oder hin ins Chaos. Wichtig ist nur, dass die Bewegung möglichst radikal ist und vorher bekannt ist, so dass das Finanzkapital rechtzeitig von jenen Sektoren abgezogen werden kann, die ins Chaos gestürzt werden. Dies zugunsten jener, die Waffen liefern oder später den Wiederaufbau machen. Bekannt ist die Entwicklung dann, wenn die großen Player des Finanzsektors selbst es sind, welche die gesellschaftlichen Entwicklungen auslösen, von denen sie dann profitieren.

So kommen wir zum Kern der heutigen Probleme: Kapitalsammelbecken haben dazu geführt, dass in allen Sektoren einzelne Player so groß geworden sind, dass es ihre Finanzmacht zulässt die Politik und die Medien völlig undemokratisch zu beeinflussen. Weiters wird heute jede Wirtschaftsbranche von wenigen großen Playern beherrscht, so dass gar nicht zu verhindern ist, dass diese den Preis bestimmen und nicht der Konsument. Bevor wir nun nach einem starken Staat rufen, der Kartellbildung verhindert und Großkonzerne zerschlägt, ist eine andere Frage zu stellen: Warum reguliert sich der Markt nicht dadurch selbst, dass von unten wieder kleinere Betriebe entstehen, die den Markt beleben und dem Konsumenten Ausweichchancen bieten, so dass sich Preise wieder natürlich regulieren? Die Antwort ist wohl die, dass den großen Playern nach dem Motto „too big to fail“ große Förderungen der Politik zuteil werden und Gesetze erlassen werden, die kleinen Betrieben schaden.

Damit will ich aber nicht sagen, dass der sogenannte freie Markt unbedingt immer alles zum Besten regeln würde, wenn sich die Politik bloß raus hielte. Wer nach einem freien Markt ruft, sollte auch anerkennen, dass ein fairer Wettbewerb auf fairen Regeln basieren muss. So lange ein Läufer das

Rennen gewinnen kann, indem er dem anderen das Bein stellt, existiert kein fairer Wettkampf. So wie im Sport brauchen wir auch in der Wirtschaft klare staatlich kontrollierte Spielregeln. Was wir aber nicht brauchen ist ein Staat, der darauf schaut, dass alle gleich schnell laufen, indem er den besseren Läufern schwere Rucksäcke umhängt oder einigen trainingsfaulen Läufern ständig Dopingmittel verabreicht.

Wenden wir die Metapher des Wettlaufs auf die heutige geopolitische Situation an, so kann man sagen, dass die Umstände, die Europa von billiger Energie abgekoppelt haben, großteils von außerhalb verursacht wurden. Europa wurde das Bein gestellt und es fehlt der Schiedsrichter, der hier für Ordnung sorgt. Dieser Schiedsrichter muss nicht notwendigerweise in Form einer internationalen Institution existieren. Es würde genügen, wenn andere Staaten erkennen, was passiert ist und sich mit Europa gegen den unfairen Spieler verbünden. Aber Europa hat sich in der Vergangenheit diktieren lassen, wer Freund und wer Feind ist und steht nun alleine da.

Wenn wir nun fragen, wer hier Einfluss auf Europa nimmt, so sind es vor allem die transatlantischen Bündnispartner. Und wie wirkt der Einfluss? Natürlich durch finanzielle Unterstützung der Medien und durch Lobbyarbeit großer internationaler Konzerne in der EU-Kommission. Graben wir tiefer in den Ursachen der Fehlentwicklungen, so stoßen wir also wieder darauf, dass einzelne Unternehmen, vor allem Finanzunternehmen, so groß wurden, dass diese als „too big to fail“ gelten und somit die Politik in der Hand haben. Sie haben Staaten zu Rettungsaktionen gezwungen, durch die Letztere jetzt derart verschuldet sind, dass sie als Schuldner zu Bittstellern bei ihren Gläubigern wurden, die im Finanzmarkt sitzen.

Deshalb ist die Frage nach einem funktionstüchtigen politischen System eng mit der Frage verknüpft, wie in Zukunft verhindert werden kann, dass der Finanzsektor derart groß wird und weiters, wie verhindert werden kann, dass der Finanzsektor von nur vier Riesen beherrscht wird, die undemokratische Macht auf alle Regierungen der Welt ausüben können.

Die Antwort ist einfach, aber kein reicher Mensch will sie hören: Leistungsloser Kapitalertrag muss verhindert werden! Geld darf nicht immer auf den größten Haufen fallen, sonst werden einzelne Haufen irgendwann zu groß. Die zentrale Frage unserer Zeit lautet also:

Wie verhindert man leistungslosen Kapitalertrag?

Zunächst gilt es zu klären, was als „leistungslos“ zu bezeichnen ist.

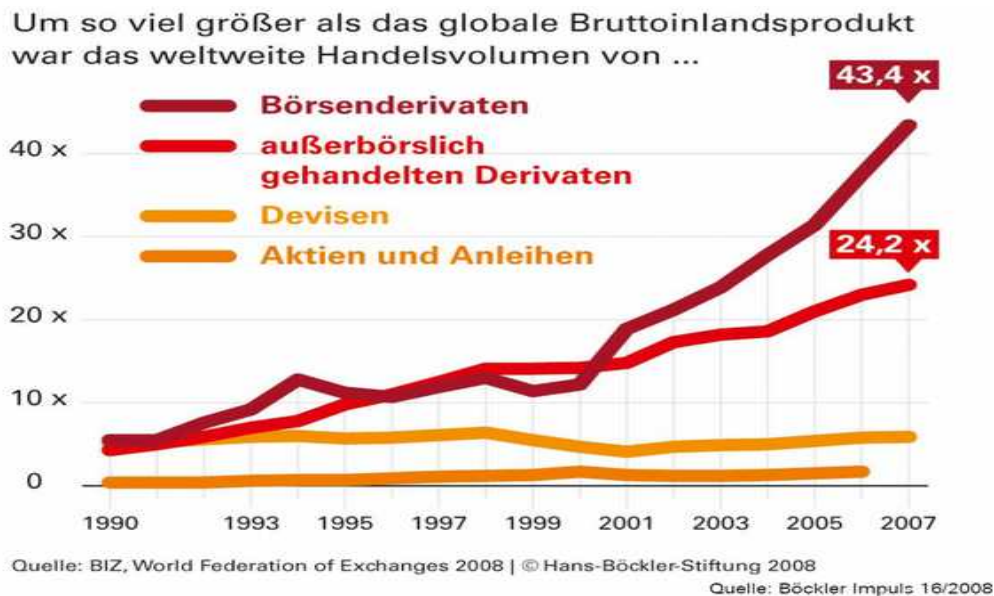
Ein Leiter eines Unternehmens mag selbst nichts zur Produktion beitragen, aber seine Leistung besteht in der Koordination und Leitung. Auch Vermieter erhalten keine leistungslosen Einkommen. Sie kümmern sich um die Vermietung, Finanzierung und Erhaltung ihrer Immobilien, wobei letztere Kosten heute schnell die Mieteinnahmen übersteigen können.

Aktionäre eines Unternehmens scheinen leistungslos Dividenden zu kassieren, aber selbst das wäre kein Problem, wenn die Börse ein Nullsummenspiel wäre. Dann würden nämlich Aktionäre in Summe genauso oft ihr investiertes Vermögen verlieren, wie andere Vermögen aufbauen könnten. Die Leistung der Börsianer läge dann darin, zu erkennen und zu fördern was Gewinn verspricht und abzustellen was Verluste bringt. Sie würde als Marktregulierer dienen und diese Leistung würde in Summe nicht einmal bezahlt, wenn die Börse ein Nullsummenspiel wäre.

Aber die Börse ist kein Nullsummenspiel! Für die großen Player ist die Börse berechenbar, da diese Player selbst die Wellen verursachen auf denen sie dann reiten. In Zusammenspiel mit den Banken sind die Börsen Gelddruckmaschinen, da die Banken Kredite hauptsächlich an Finanzspekulanten vergeben. Das dabei frisch geschaffene Geld erweitert die Geldmenge im Geldanlagemarkt, so dass dort ständig Asset-Inflation vorherrscht, was sich in Preis- bzw. Kursanstiegen ausdrückt.

Durch die gestiegenen Kurse werden die Kredite, die an Spekulanten vergeben wurden, stets getilgt, was Banken veranlasst, diesen noch höhere Kredite zu geben wodurch die Kurse noch höher steigen. Wenn dann alles ins Wanken gerät und Kreditausfälle zunehmen, rufen die Banken „too big to fail“ und die Staaten (und letztlich die Steuerzahler) übernehmen in dem ganzen Chaos die Schuldnerrolle an Stelle der ausgefallenen Kreditnehmer.

Die an den Börsen gehandelten Finanzprodukte hatten 2007 in Summe einen Handelswert des 75-fachen des Welt-BIP und heute vermutlich schon des 100-fachen:



Die Börsen bilden also einen 100-fach größeren Markt als die Realwirtschaft. Auf den Börsen werden Anlageprodukte zwischen Anlegern vor allem im Kreis gehandelt. Dabei bleiben riesige Geldmengen in diesem Markt gefangen, indem sie ebenso zwischen Anlegern ständig in der Gegenrichtung im Kreis wandern. Diese Geldmengen bleiben der Realwirtschaft entzogen. Die Börse ist daher weitgehend von der Realwirtschaft abgekoppelt. Das ist gut daran zu erkennen, dass in der Coronakrise und jetzt in der Energiekrise die Börse weiter Höchststände feiert.

Welche Spielregeln brauchen wir, um die Börse wieder zu einem Nullsummenspiel zu machen? Ganz einfach: Kreditvergabe durch Banken für Spekulationszwecke muss verboten werden!

Das mag jetzt nach einer undurchdacht herbeigezauberten Regel klingen, wie wir sie von unserer Politik gewohnt sind. Aber wenn wir bedenken, wodurch Geld gedeckt sein sollte, wird klar, warum diese Regel zwingend notwendig ist:

Geld, welches Vorfinanzierung zu leisten vermag, also Geld mit dem Kredite möglich sind, ist nämlich zwingend notwendig nur durch eines gedeckt: Durch die Bonität und reale Leistungsfähigkeit der Kreditnehmer. Spekulanten erbringen aber keine realen Leistungen.

Diesen wesentlichen Einwand gegen Kreditvergabe für Spekulationszwecke versteht jeder, dem klar ist wie Geld entsteht. Um dies zu erklären, wollen wir von einer Anfangssituation ausgehen, in der Geldwert auf Null gefallen ist und man beschlossen hat alle Bankkonten auf Null zurück zu setzen. Es ist also kein Geld mehr vorhanden. Wie entsteht nun neues Geld?

Ganz einfach: Der Wert des neuen Geldes wird zunächst an einem Sachwert definiert, zum Beispiel an Gold. Man sagt dann zum Beispiel 1000 NeuEuro sind so viel Wert wie eine Unze Gold. Das bedeutet nicht, dass sie durch Gold gedeckt würden. Genaugenommen war noch nie eine Währung durch Gold gedeckt, denn im Krisenfall hat noch nie eine Zentralbank ihr Gold an die Gläubiger verteilt. Eine Versicherung, die im Krisenfall nicht zahlt ist keine Versicherung.

Nein, das Gold hat immer nur der Definition des Wertes des Geldes gedient nicht der Deckung.

Ist nun der Wert definiert, dann kann man allen Kontoinhabern einen Kreditrahmen je nach Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zuordnen. Sobald nun jemand sein Konto überzieht (also Kredit nimmt) und eine Überweisung tätigt um etwas einzukaufen, entsteht beim Verkäufer (also beim Empfänger der Überweisung) ein Guthaben. Er besitzt nun so viel Geld wie der andere Schulden hat. Deshalb ist in unserem System die Geldmenge immer gleich groß wie die Menge an Schulden.

Aber wie kann ein Wert aus dem Nichts entstehen? Genau wie ein Vertrag aus dem Nichts entsteht. Verträge können Wert haben und so kann es auch das Geld. Der Wert des Geldes besteht in dem Versprechen des Kreditnehmers in Zukunft reale Leistungen zu erbringen, um mit dem Lohn die Schulden zu tilgen.

Geld ist die Buchführung über Werte. Es existiert auf einer Metaebene und hat so gesehen keinen Eigenwert. Das Guthaben des Verkäufers ist nichts anderes als eine Notiz seines (aktuellen) Unterkonsums, während der Käufer durch das Minus auf seinem Konto dokumentiert erhält, dass er (aktuell) überkonsumiert hat. Man kann auch sagen der Verkäufer hat noch Forderungen und ist daher ein Gläubiger. Diese Sichtweise macht schnell verständlich, warum es immer genau so viel an Schulden geben muss wie Guthaben. Den Gläubigerguthaben müssen in diesem System irgendwo Schulden der Kreditnehmer in gleicher Höhe gegenüber stehen. Deshalb müssen Banken auf Null bilanzieren, das heißt alle Guthaben müssen sich mit allen Schulden zu Null aufaddieren lassen.

Der Schuldner hat mehr reale Werte erhalten als er in die Gesellschaft eingebracht hat und ist nun gefordert selbst etwas einzubringen, das ihm bezahlt wird, um die Schulden zu tilgen. Dieses Streben nach einem Ausgleich kennen wir aus der Geschenkökonomie. Wenn wir beschenkt werden, ist es sozial, sich zu revanchieren.

Vor der Geldökonomie gab es die Gabenökonomie und sie funktionierte auch genau nach dem Prinzip der Geschenkökonomie, nur war man wohl in der Gabenökonomie etwas mehr auf Gegenleistungen bedacht. Deshalb hat zum Beispiel ein Fischer auf Kerbhölzern durch Kerben notiert, wie viele Fische der Bauer über das Jahr von ihm erhalten hat. Durch Längsspaltung des Kerbholzes besaß sowohl der Bauer wie der Fischer eine unfälschbare Dokumentation. Im Spätsommer forderte der Fischer dann einen gleichwertigen Anteil von der Kornernte des Bauern. Danach wurde das Kerbholz vernichtet.

Konnte der Bauer aufgrund schlechter Ernte seine Schuld nicht tilgen, so hat man ein Jahr zugewartet. Hat das Schicksal auch weiterhin keine Schuldtilgung ermöglicht, zum Beispiel weil der Bauer krankheitsbedingt nicht mehr arbeiten konnte, so war der Fischer froh, wenn er noch irgend etwas vom Bauern bekam. Mit der Zeit wurde sein Kerbholz also immer wertloser. Das bedeutet: Der natürliche Zins von Guthaben ist negativ!

Würden wir in unserer Geldökonomie einen solchen Zins einführen, so wären Sparer interessiert ihr Geld möglichst bald auszugeben, weil es durch die Zinsabzüge am Konto immer weniger würde. Erst wenn Sparer ihr Geld ausgeben, gerät es in Umlauf und Schuldner können es verdienen um ihre Schulden zu tilgen. Das bedeutet ein negativer Sparzins fördert den Ausgleich von Leistungen. Aber unsere Geldwirtschaft funktioniert umgekehrt. Sparern wird Zinsertrag dafür gegeben, dass sie ihr Geld nicht ausgeben. Damit entsteht ein Anreiz, Geld zu horten und so bleibt ein großer Teil des Geldes dem Umlauf entzogen. Es steht also gar nicht zur Verfügung um jene Schulden zu tilgen, welche spiegelbildlich mit den Guthaben geschaffen wurden. Hinzu kommt noch, dass die Schulden, die nun nicht getilgt werden können, durch Kreditzinsen immer weiter vermehrt werden.

Das bedeutet: Anstatt dass sich Leistungen ausgleichen, werden die Kontostände immer unausgeglichen. Kontostände sind aber nichts anderes als eine Verzeichnung von Über- und Unterkonsum. Umso dauerhafter hier der Ausgleich misslingt, desto unfairer wird das System. Irgendwann sind die Schulden so hoch, dass eine Tilgung undenkbar wird. Dann kommt es zu Bankencrashes und letztlich zum Währungscrash und damit zum Verlust von Sparguthaben.

Dies alles wäre durch negative Sparzinsen zu verhindern, doch leider wollen die Mainstream-Ökonomen die Mechanik negativer Zinsen auf Guthaben nicht verstehen. Sie behaupten Inflation bewirke das Gleiche. Aber das stimmt nicht. Zwar bedeutet Inflation für den Konsumenten Kaufkraftverlust und entwertet somit ebenfalls die Geldguthaben, aber Inflation führt am Finanzmarkt ebenso zu Preisanstiegen: das sind die sogenannten Kursgewinne. Damit bewirkt Inflation eine Umverteilung nach oben. Ein negativer Sparzins hingegen bringt Guthabenbesitzer dazu, ihr Geld auszugeben, so dass Schuldner es verdienen können. Er bewirkt Umverteilung nach unten weil kein neues Geld geschöpft wird.

Wenn auf Kredite dann kein Zins mehr anfiel, würde jeder nach einem möglichst hohen Kreditrahmen streben, nicht um Kredit zu nehmen, sondern um ihn im Ernstfall haben zu können. So ein Kreditrahmen würde persönliche Sicherheit bieten und damit das leisten, wofür heute Sparguthaben angesammelt werden.

Warum also wurden nicht schon längst negative Sparzinsen eingeführt? Der Grund liegt wohl darin, dass Banken gar nicht wollen, dass sich Guthaben und Schulden wieder ausgleichen. Sie profitieren von hohen Bilanzsummen, denn sie verdienen am Zins. So lange keine Kreditausfälle drohen, liegt ihr Interesse darin, die Gesellschaft immer weiter zu verschulden. Ein umgekehrten Zins, wie er natürlich wäre und wie er in der Gabenökonomie existierte, würde zu einem Ausgleich führen und das Bankgeschäft (die jetzige Form davon) ruinieren. Denn die Menschen wären bestrebt, ihre Konten, so wie in der Geschenkökonomie, um die Null zu führen.

Gegen Kreditausfälle hat sich das gegenwärtige Bankensystem einen wunderbaren Selbstschutz zurechtgelegt. Banken besitzen heute einander alle gegenseitig. Das bedeutet: sie kaufen auf Kredit, den sie sich selbst gewähren, die Aktien ihrer Kontrahenten, unter der Bedingung dass Letztere im Gegenzug das Gleiche tun. Der Besitzanteil des Kontrahenten an der eigenen Bank wird dann als Eigenkapital in der Bilanz geführt weil der Kontrahent ja nun Miteigentümer ist. Dieses in Kooperation selbst geschaffene Eigenkapital soll dann als Sicherheit dienen, falls es zu Kreditausfällen kommt.

Was passiert wenn Guthaben und Schulden überhand nehmen?

Aber was passiert mit Banken, deren Vermögen darin besteht, sich zu einem großen Teil gegenseitig zu besitzen, im Fall einer Krise? Nehmen die Schuldenstände gesamtgesellschaftlich überhand, so kommen alle Banken gleichzeitig in Schwierigkeiten und die Sicherheiten zur Abfederung von Kreditausfällen fehlen somit. Dann rufen die Banken: „to big to fail“ und der Staat muss sie retten, was nichts anderes heißt als dass diese die Schulden der ausfallenden Schuldner übernimmt. Und weil der Staat nun ein Schuldner ist und damit Bittsteller bei den Banken, hat er keine Macht mehr Letztere wirksam zu regulieren.

Kein Wunder also, dass den Banken unsinnige Geschäftsmodelle erlaubt werden, wie zum Beispiel Kredite an Spekulanten zu vergeben. Wie schon beschrieben führt die Geldschwemme durch Kreditvergabe an Spekulanten zu Asset-Inflation an der Börse, was nichts anderes ist als Kursanstiege. Die Kredite der Spekulanten werden in Summe also durch Geldentwertung getilgt und für die Bank ist vorerst alles in Ordnung. Das Problem: Die Inflation schwappt irgendwann in die Realwirtschaft über und der kleine Konsument bezahlt die Rechnung durch Kaufkraftverlust und dieser führt zu Rezession, Kreditausfällen und letztlich Bankenpleiten.

Der verschuldete Staat spielt nun mit dem Volk das gleiche Spielchen, indem er über die soziale Gießkanne frisch geschaffenes, ungedecktes Geld verteilt, in der Hoffnung dass die ausgelöste Inflation höhere Umsätze in der Realwirtschaft bewirkt und somit höhere Steuereinnahmen – womit die Schuldenstände relativiert würden. Die Rechnung bezahlt wieder der Konsument, denn für ihn bedeutet Inflation nichts anderes als höhere Preise.

Und wie wäre das alles zu verhindern? Die Antwort habe ich oben schon gegeben:

- 1) Keine Geldschöpfung für Spekulanten, denn dieses Geld ist nicht durch reale Leistungsversprechen gedeckt.
- 2) Negative Sparzinsen, denn Geld muss altern, wie alle natürlichen Werte und es muss in Umlauf kommen (bzw. bleiben), was nur der Fall ist, wenn Sparer es investieren statt es zu horten.
- 3) Keine Bankenrettungen.
- 4) Aufklärung: Wenn Sparer begreifen, dass ihr Geld auf der Bank nicht sicher ist, werden sie es lieber investieren.

Wenn wir nun aber festgestellt haben, dass es vor allem der Zinsertrag ist, der Banken dazu bringt die Gesellschaft möglichst hoch zu verschulden, dann liegt es doch nahe die Zinsnahme generell zu verbieten. Die Funktion von Banken ist die Buchführung über reale Werte (zumindest sollte sie das sein). Für diese Buchführung sind Kontoführungsgebühren zu erheben, aber doch nicht Zinsen.

Generell ist dieser Einwand richtig. Banken sollte es verboten werden, Profite aus Zinsen zu ziehen. Trotzdem muss es Zinsen geben, nämlich für die Bildung von Rücklagen mit denen Banken Kreditausfälle ausgleichen können. Würden Kreditausfälle nicht ausgeglichen, so würden den Guthaben nicht in gleicher Höhe Schulden gegenüber stehen. Das bedeutet, das Geld würde immer mehr seiner Deckung verlieren. Denn der Geldwert ist in unserem System gedeckt durch die Leistungsversprechen der Schuldner. Das heißt, wenn ein Schuldner ausfällt, muss die Bank selbst dessen Schulden übernehmen. Sie tilgt diese durch die Rücklagen, welche sie durch Zinseinnahmen angesammelt hat. Sie hat von allen etwas Leistung abgezweigt um Gläubigerguthaben zu decken.

Und wie ist das dann mit den Zinsen der Kreditnehmer? Wenn wir uns vorstellen, dass Banken in Zukunft Rücklagen durch negative Sparzinsen ansammeln, sollen sie dann zusätzlich auch noch Kreditzinsen nehmen? Der heutigen Lehre der Ökonomie zufolge müssten sie das, weil ansonsten die Schulden überhand nehmen würden. Ökonomen gehen davon aus, dass niedrige Kreditzinsen dazu führen, dass sich mehr Menschen in Schulden stürzen. Als Beweis sehen sie die Zunahme der Verschuldung in den letzten Jahren der Nullzinspolitik.

Aber hier sollte man genauer hinsehen. Zugenommen hat nämlich nicht die Verschuldung der Wirtschaft durch hohe Kreditnahme. Es konnten nur bereits bestehende Kredite oftmals nicht getilgt werden. Was zugenommen hat war vor allem die Verschuldung der Staaten. Niedrige Zinsen verleiten den Staat dazu, mehr Schulden aufzunehmen.

Was die Wirtschaft und den privaten Sektor betrifft, so stieg die Verschuldung kaum an, denn diese Sektoren waren bereits an ihrer Kreditwürdigkeitsgrenze angelangt. Die Staaten waren das ebenso. Ihre Verschuldung stieg nur deshalb an, weil die Zentralbank die Staatsschulden aufgekauft hat und als werthaltig in ihren Büchern behält, obwohl jeder weiß, dass sie wertlos sind. Die Zentralbank hat also Staaten immer weitere Kredite gegeben, obwohl diese gar nicht mehr kreditwürdig sind. Nur durch dieses Fehlverhalten konnten die Staatsschulden weiter steigen.

Dieses Verhalten der Zentralbank ist genauso absurd wie die Kreditvergabe an Spekulanten, denn das durch die Staatsanleihen in Umlauf gekommene Geld ist durch keinen realen Wert gedeckt, wenn Staaten derart verschuldet sind, dass niemand am freien Markt deren Anleihen kaufen will.

Das bedeutet: Solange Banken einschließlich der Zentralbank auf die Bonität der Kreditnehmer achten, begrenzt sich die Geldmenge ganz unabhängig vom Zins eben durch den Mangel an kreditwilligen Kunden mit guter Bonität. Fallen die Kreditzinsen auf Null, so bedeutet dies noch lange nicht, dass jeder fähig ist, in einem vertretbaren Zeitrahmen einen Kredit zu tilgen. Aber es bedeutet, dass viele Unternehmen es wieder bevorzugen werden, sich über Kredite zu finanzieren, anstatt zu einem Aktienunternehmen zu werden.

Wie und wieso gilt es den Wertpapiermarkt zu verkleinern?

Unternehmungen, die ein gewisses Risiko bergen, werden allerdings weiterhin von Banken nicht als kreditwürdig erachtet werden und diese Unternehmen müssen sich ihr Kapital somit an der Börse holen, indem sie zu Aktienunternehmen werden. Und genau dort gehören sie auch hin, denn dann übernehmen Spekulanten das Risiko. Wenn die Börse nun auch noch ein Nullsummenspiel wird, indem die Kreditvergabe an Spekulanten verboten wird, so wird das Geld der Investoren wieder seine sinnvolle Ursprungsfunktion erlangen. Es wird in Projekte investiert, die aufgrund des schwer einschätzbaren Risikos nicht durch Bankkredite finanziert würden.

Wenn Kredite günstig werden, ist auch vorstellbar, dass Unternehmen Geld aufnehmen, um ihre ausgeschütteten Aktien wieder zurück zu kaufen. Das können sie natürlich erst, wenn sie ein solides Geschäftsmodell vorlegen können und somit genug Kreditwürdigkeit erlangen. Mit dem Rückkauf können die Unternehmensgründer dann wieder Herr im eigenen Haus sein.

Auf diese Weise sollte der Wertpapiermarkt schrumpfen, was nur zu unser aller Wohl sein kann. Denn die heutige, rein profitorientierte kapitalmarktfinanzierte Geschäftswelt mit ihren wenigen riesigen Konzernen, welche sich inoffiziell bereits zu Kartellen vereint haben, arbeitet vor allem zum Wohl der reichen Aktionäre und verursacht eine sich beschleunigende Umverteilung nach oben. Und da die Aktionäre und somit die Eigentümer der Unternehmen alle 8 Monate wechseln und weltweit verteilt sind, finden Gewerkschaften nicht einmal mehr einen Ansprechpartner mit der nötigen Entscheidungsbefugnis. 1980 lag die Haltedauer von Aktien noch bei fast 10 Jahren. Da war die Finanzwelt noch in Ordnung.

Leider sind viele Ökonomen immer noch der Ansicht ein Land profitiere von einer großen Börse. Aber betrachten wir die City of London und was sie mit der Stadt angerichtet hat. Die einstigen Bewohner wurden verdrängt. In den Vorstädten herrscht Chaos. Das Land steht wirtschaftlich keineswegs gut da, wenn man die Börsengewinne nicht zum BIP zählt.

Unter Ökonomen ist immer noch die Ansicht vorherrschend, dass es letztlich allen gut geht, wenn jeder nach Profit strebt. Dazu kann ich nur sagen: Wer nach Profit strebt, wird am meisten Erfolg haben, wenn er in folgende vier Branchen investiert: In Prostitution, Drogen, Waffen und in eine profitorientierte Pharmaindustrie, die niemals heilt sondern Abhängige schafft.

Weiters führt Profitorientierung zwangsläufig zur Bildung von Monopolen. So begeben sich Geldanleger gerne unter das Dach des größten Vermögensverwalters, denn dieser hat die Kraft, die Wellen selbst zu schaffen auf denen er dann reitet.

Wenn dieser Vermögensverwalter namens „BlackRock“ schließlich der größte Aktionär aller Konzerne einer bestimmten Branche ist, dann kann er ein gemeinsames Interesse der gesamten Branche definieren. Damit werden alle Konzerne der Branche zu einem Kartell vereint, auch wenn das Kartellrecht hier kein Kartell erkennt. Die Folge ist: Es gibt keinen freien Markt mehr, in dem der Konsument einen Einfluss auf die Preise hat.

Ein überbordender Kapitalmarkt hat aber noch eine weitere unschöne Konsequenz: Es beginnt in ihm immer mehr Geld zu kreisen, welches der Realwirtschaft entzogen bleibt.

Der ständige Handel von Wertpapieren untereinander bedarf enormer Geldmengen auf den Konten der Wertpapierhändler. Dieses Geld verlässt den Wertpapiermarkt so gut wie nie. Denn nur bei der Ausschüttung neuer Aktien fließt Geld von der Börse in den 100 Mal kleineren Markt der Realwirtschaft. Der weitere tausendfache Handel mit diesen Aktien findet nur zwischen Wertpapierhändlern an der Börse statt. Diese sprechen dann zwar gerne davon, sie hätten investiert, aber in Wirklichkeit hat ihr Geld nie den Wertpapiermarkt verlassen.

Dieser Markt entzieht nicht nur Geld dem Umlauf und daher dessen Nutzung, sondern es werden oft auch andere Ressourcen kurzfristig der Realwirtschaft entzogen um höhere Preise zu erpressen. Auch das wurde erst durch Konzerne möglich, die als Vermögensverwalter von Millionen von Geldandlegern einen erheblichen Teil des Ressourcenmarktes abdecken.

Die höheren Preise, die auf diese Weise erpresst werden, zahlt schließlich die Realwirtschaft, wo die Ressourcen gebraucht werden. Das bedeutet letztlich, dass wir als Konsumenten ausgeraubt werden.

Was ist eine faire Wirtschaft?

Stellen wir uns einen Topf vor, in welchen die Leistungen aller Mitglieder einer Gesellschaft eingebracht werden. Eine faire Wirtschaft ist dann gegeben, wenn jeder über seine Lebensspanne hinweg aus diesem Topf so viel an Leistungen entnehmen kann, wie er eingebracht hat – abzüglich einiger Sozialabgaben an Menschen, die aufgrund von Einschränkungen nicht so viel einbringen können, wie sie verbrauchen.

Erinnern wir uns nun, wie unser Kreditgeldsystem funktionieren sollte: Es ist nichts anderes als eine Aufzeichnung von Über- und Unterkonsum. Das bedeutet, es ist die Buchführung über die realen Eingänge und Ausgänge in bzw. aus dem Topf mit dem Ziel einer fairen Abrechnung.

Doch von einer fairen Abrechnung sind wir weit entfernt, denn der Finanzsektor füllt mit seinen Finanzprodukten, die er erschafft, so etwas wie Attrappen in den Topf. Es sind Produkte, ohne dass real etwas geschaffen wurde und doch erhalten die Erschaffer für ihre Papiere reales Geld, mit dem sie reale Produkte aus dem Topf erwerben können. Und sie füllen 100 Mal mehr von diesen Papieren (z.B. Derivate) hinein als alle Anderen reale Produkt-Werte hinein füllen können.

Diese sogenannten „Finanzprodukte“ sind nichts anderes als Wetten, also Verträge. Sie sollten damit genauso außerhalb des Topfes stehen wie Geld. Wir erinnern uns, der Geldwert basiert auf Kreditverträgen, also auch auf einer Art Wette. Die Bank setzt dabei darauf, dass der Kreditnehmer fähig ist den Kredit zu tilgen.

Da eine Geldschuld ursprünglich so etwas wie eine Verzeichnung von Überkonsum darstellte, war davon auszugehen, dass Schuldtilgung durch Unterkonsum, also durch Erbringung realer Leistungen geschieht, die der Schuldner bezahlt bekommt, wodurch das Minus auf seinem Konto getilgt wird.

Aber was passiert, wenn diese Finanzjongleure Geld erhalten, ohne jemals einen realen Wert in den Topf eingebracht zu haben? Dann kaufen sie mit diesem Geld reale Werte aus dem Topf heraus und plündern so den Topf. Diese Raubzüge führen dazu, dass letztlich der Rest der Gesellschaft vor einem Topf steht, der nicht genug Inhalt hat, um so viel zu entnehmen, wie sie eingebracht haben. Das ist das Gegenteil von Fairness.

Deshalb dürften für Spekulationszwecke niemals Kredite vergeben werden! Würden nur Menschen, die bereits ein Geldguthaben besitzen, am Finanzmarkt ihre Spielchen treiben, würde die Börse ein Nullsummenspiel bleiben. Das würde bedeuten, dass jene realen Werte, die ein erfolgreicher Spekulant aus dem Topf heraus kauft, durch einen anderen Spekulanten, der an der Börse sein Geld verloren hat, bereits eingebracht worden wären. Denn Letzterer musste erst einmal in der Realwirtschaft Geld verdienen, bevor er damit an die Börse gehen konnte, und dabei hat er reale Werte geschaffen. Spekulanten könnten sich nur noch gegenseitig „berauben“.

Ich denke, die meisten Ökonomen haben heute begriffen, dass die Realwirtschaft nur dauerhaft mit Geld versorgt werden kann, wenn es einen Geldkreislauf gibt. So lange Geld als Kredit in die Welt kommt um damit eine realwirtschaftliche Leistung zu kaufen, während der Verkäufer (meist ein Konzern) seine Profite dann auf den Wertpapiermarkt trägt, wo das Geld zu kreisen beginnt, ohne jemals in die Realwirtschaft zurück zu finden, ist der Geldkreislauf unvollständig.

Der unvollständige Geldkreislauf zwingt Staaten dazu, ständig frisches Geld nachzuliefern um die Realwirtschaft zu versorgen, aus der das Geld abwandert. Dabei steigen die Staatsschulden, aber das Problem wird nicht gelöst, denn das frische Geld wandert wieder in den Strudel des Wertpapiermarktes ab, und dieser Strudel wird größer und größer und damit steigt seine Macht.

Eine Energiewährung für die Wertanlage

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, dass negative Zinsen auf Sparguthaben das Geldsystem davor schützen könnten, immer wieder auf einen Crash zuzusteuern. Den meisten Beobachtern des Bankenwesens wird klar sein, dass wir einen solchen Schutz jetzt dringend bräuchten.

Die Antwort auf den kommenden Crash wird in der Einführung von rein digitalen Währungen liegen, und damit werden auch negative Sparzinsen kommen. So lange noch Papiergeld existiert, können die Banken unmöglich von Sparern mehr als 1% Negativzinsen verlangen. Wenn das Geld am Sparkonto zu schnell weniger wird, werden die Sparer lieber das Risiko eingehen es abzuheben und in physischer Form zu Hause aufzubewahren. Bei digitalem Geld gibt es diese Fluchtmöglichkeit dann nicht mehr. Eine digitale Währung erlaubt es den Banken viel höhere Negativzinsen, ja sogar ein Ablaufdatum für Geld einzuführen.

Das wird aber keineswegs automatisch zu einem vollständigen Geldkreislauf führen. Zwar kann man Sparer dann dazu stark motivieren, ihr Geld auszugeben und somit in Umlauf zu bringen, aber was ein Sparer sucht, ist eine Wertanlage. Er spart zum Beispiel, um sich in der Pension im Ernstfall eine Pflegekraft leisten zu können. Oder die Oma spart für das erste Auto ihres Enkels. Wenn der Wert des digitalen Geldes verfällt, so werden Sparer damit Wertpapiere kaufen. Und dann haben wir genau den Effekt, den wir nicht wollen: Einen ausufernd wachsenden Wertpapiermarkt, welcher riesige Vermögensverwalter hervorbringt, welche die Macht haben ganze Staaten zu erpressen.

Um einen vollständigen Geldkreislauf herzustellen, muss das Geld in die Realwirtschaft zurück finden und das bedeutet, man muss Sparern ein Anlageprodukt anbieten, welches in der Realwirtschaft produziert werden kann und dort von Nutzen ist. Hier ergibt sich aber ein Problem: Wenn Anleger dieses Produkt aufkaufen oder auch nur zwischenzeitlich halten, so wird sein Preis steigen, weil es zwischenzeitlich dem Markt entzogen wird.

Selbst ein Produkt wie Gold, dessen Wert sich nicht aus seinem realen Nutzen, sondern aus seiner Tradition als Wertanlage erklärt, kann nicht alle Sparvermögen decken. Würde der Goldwert zu groß, so würde der ganze Planet zu einer riesigen verseuchten Goldmine umgekrempelt. Außerdem ist der Wert von Gold, genau wie der Wert von Bitcoins spekulativ, eben weil beides keinen (bzw. kaum) realen Nutzen hat. Spekulative Werte sind starken Schwankungen unterworfen.

Abgesehen von einem einzigen Wert sind alle realen Werte dieses Planeten begrenzt vorhanden. Damit führt deren Hortung zu Mangel und überhöhten Preisen. Weder Land noch Immobilien noch Ressourcen dürfen ihrer Nutzung entzogen werden. Gerade im Immobiliensektor bräuchten wir heute sogar einen Schutz vor Hortung durch Sparer. Nützt ein Besitzer seine Immobilien nicht selbst ausreichend, so sollte er hohe Abgaben zahlen, wenn er sie nicht vermietet und damit einer Nutzung durch Andere zuführt. Damit kämen mehr Wohnungen auf den Markt und die Vermietung brächte Steuereinnahmen, die als Wohnbeihilfen ausgeschüttet werden könnten.

Nachdem wir die negativen Konsequenzen erkannt haben, welche zu erwarten sind, wenn Sparer dazu gedrängt werden, reale Werte zu horten, die nur begrenzt vorhanden sind, erweist sich nur der einzige unbegrenzte Wert als tauglich um Sparguthaben zu decken.

Es ist ein Wert, der jeden Tag von neuem die Erde durchströmt und nachgeliefert wird. Ich spreche von der Energie der Sonne, die auf den Planeten einstrahlt und in Form von Wärme wieder an das All abgegeben wird. Abgesehen von der Atomkraft und der Geothermie basiert jede unserer Energieformen letztlich auf Sonnenenergie.

Da auch Nahrung umgewandelte Sonnenenergie darstellt, ist Energie auch die Währung der Natur um die alle Lebewesen in Wettbewerb stehen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir als Menschheit erst

dann eine crashfreie Wertaufbewahrungswährung haben werden, wenn wir sie durch Energie decken. Ein Urwald funktioniert ja auch crashfrei.

Energie kann ihren Wert nicht verlieren, denn eine Kilowattstunde hat auch in 1000 Jahren noch den Wert einer Kilowattstunde. Alle Menschen, aber auch alle Betriebe, brauchen Energie. Sie hat also für jeden Wert. Der Grund dafür, dass uns Energiekonzerne heute finanziell ausbeuten können, liegt darin, dass Energie nicht direkt als Währung dient, sondern durch Euro bezahlt werden muss.

Wie könnte eine Zweitwährung aussehen, die direkt die Kilowattstunde, kurz Kiwat als Einheit hat? Zunächst wären nicht Banken, sondern direkt die Energieerzeuger die Geldschöpfer. Wer also ein Kraftwerk installiert, könnte sofort den Großteil der in Zukunft zu erwartenden Produktion in Form von Kiwat (Energiegutscheinen) vorverkaufen. Ein Teil der zu erwartenden Energie muss für Erhaltungsarbeiten nach und nach verkauft werden. Kiwat werden als Papiergeld-Zweitwährung von einer staatlichen Behörde gedruckt und an den jeweiligen Kraftwerksbetreiber zum Verkauf übergeben. Er verkauft sie an Banken oder direkt an Sparer und erhält dafür Euro, also die Kreditwährung, mit der er weitere Kraftwerke bauen kann. So wird das heute im Überfluss vorhandene nach Anlage suchende Kapital einer Energiewende zugeführt. Für die Montage der erneuerbaren Energie werden viele Arbeitskräfte benötigt und so belebt das nach Anlage suchende Kapital die Wirtschaft und schafft Wohlstand, anstatt die Umverteilung nach oben weiter zu beschleunigen.

Wichtig ist dabei, dass Kraftwerksbetreiber für Solarstrom einen geringeren Preis pro Kiwat bezahlt bekommen als für grundlastfähige Energie wie Wasserkraft. Die Preisdifferenz erlaubt es auch die Anbieter von Energiespeichern zu den Geldschöpfern zu zählen. Sie bekommen die Differenz zwischen günstigem Solarstrom und teurerem grundlastfähigem Strom ausbezahlt, denn durch die Speicher wird Solarstrom grundlastfähig. Auch sie können die zukünftige Leistung ihrer Speicher sofort als Kiwat vorverkaufen.

Aber warum sollen all diese Investitionen über eine Zweitwährung namens Kiwat organisiert werden? Der Grund ist ganz einfach: Da alle Wirtschaftsteilnehmer, einschließlich dem Staat, Energie benötigen und mit den Kiwat-Scheinen erwerben können, werden auch Alle diese Scheine als Zahlungsmittel akzeptieren, wenn sie bei ihrem Energieversorger dafür Energie erhalten können. Damit letzteres funktioniert braucht es einen Verbund der Energieversorger. Ein solcher ist bereits weitgehend vorhanden, da alle mit dem Netzbetreiber in Verbindung stehen. Wenn ein politischer Wille für eine Energiewährung besteht, ist somit der Netzbetreiber der erste Ansprechpartner um derartiges zu organisieren.

Sobald mit Kiwat überall im Land Energie bezahlt werden kann, sollten damit auch Steuern getilgt werden können, denn auch der Staat und seine Institutionen brauchen Energie und außerdem ist der Staat Anteilseigner großer Energiekonzerne. Diese sofortige Eintauschbarkeit der Sparvermögen in reale Werte kombiniert mit der Inflationssicherheit gibt dem Sparer das, was er mit seinem Sparvermögen erreichen will, nämlich Sicherheit.

Der Sparer kann sich sicher sein, mit dem Kiwat auch in einigen Jahrzehnten noch eine Kilowattstunde Heizenergie oder Strom bezahlen zu können. Und es wird auch alles andere damit bezahlbar sein, denn in jeder Ware steckt viel sogenannte graue Energie, die zu deren Produktion und Transport benötigt wurde. Jeder Warenpreis besteht daher zu einem wesentlichen Teil aus Energiekosten, umso mehr, je automatisierter die Produktion wird.

Wichtig ist dabei lediglich, dass die Kiwat nie als Kredit geschöpft werden dürfen, denn dann wären sie nicht mehr durch installierte Kraftwerke, sondern wieder durch Leistungsversprechen von Kreditnehmern gedeckt und wären als Wertaufbewahrung so unsicher wie die Kreditwährung (der Euro). Das bedeutet konkret, dass Kiwat-Konten nie ins Minus gebucht werden dürfen.

Mit der Einführung des Kiwat als Sparwährung übergeben wir der nächsten Generation installierte Kraftwerke anstatt Schuldenberge. Die Gläubigerguthaben arbeitet dann nicht eine durch Schuldendienst versklavte zukünftige Generation ab, sondern die Sonne. Durch diesen Vorteil unterscheidet sich der Kiwat wesentlich von der Idee der Arbeitszeitwährungen. Letztere führen auch zu Schuldarbeit.

Warum die Energiewährung eine Papiergeldwährung bleiben sollte

Natürlich bedarf die Geldschöpfung dieser Zweitwährung ebenso einer Aufsichtsbehörde wie die Kreditgeldschöpfung der Banken. Diese Behörde muss über technisches Personal verfügen, welches die Leistung der von Privatunternehmen installierten Kraftwerke beurteilt und die Menge an Kiwat berechnet, die der Kraftwerksbesitzer vorverkaufen darf. Ein Teil darf erst im Laufe des Betriebs verkauft werden, um die Erhaltungskosten einzubringen. Weiters legt diese Behörde den Preis fest und druckt die Kiwat-Geldscheine, die sie dem Kraftwerksbesitzer dann übergibt.

Da Kreditvergabe durch Banken durch Buchung von Konten ins Minus in Kiwat verboten ist und somit keine Kreditausfälle finanziert werden müssen, gibt es im Kiwat-System keinen Zins. Als Bargeld dient der Kiwat auch als Sicherheit im Fall dass der digitale Euro scheitert oder gehackt wird oder ein Virus das digitale System lahm legt. So kann der Kiwat auch Krisenzeiten überleben und seinen Wert behalten. Überdies ermöglicht der Kiwat anonymen Zahlungsverkehr. Er existiert als Zahlungsmittel parallel zum digitalen Euro und schafft somit den nötigen Wettbewerb, durch den garantiert wird, dass die Regierung mit ihrem digitalen Euro das Volk nicht gängelt.

Wie wir alle wissen, wird digitales Geld durch seine Programmierbarkeit dem Staat die Möglichkeit bieten, Menschen fast beliebig zu steuern. Das kann harmlos beginnen, so dass jemand der unerwünschte Meinungen äußert, mit seinem Konto plötzlich keine Zigaretten und keinen Alkohol mehr bezahlen kann. Es kann aber auch zur totalen Sperrung des Kontos führen, wenn das Verhalten einer Person dauerhaft von den Vorstellungen des Staates abweicht.

Unser Euro ist bereits zum Teil eine digitale Währung. Schon in Corona-Zeiten wurde einzelnen Ärzten und Youtubern, welche gegen die Maßnahmen auftraten, das Bankkonto dauerhaft gesperrt oder gekündigt. Einige der Betroffenen sind dann ausgewandert. Solche Vorfälle führen zur Notwendigkeit, die Unantastbarkeit des Geldvermögens einer Person durch den Staat gesetzlich zu verankern. Da aber der Staat es ist, der die Gesetze macht und dementsprechend auch wieder ändern kann, bedarf es einer Bargeldwährung parallel zum digitalen Euro, um die Freiheit der Bürger auch in Zukunft zu garantieren.

Gesamt betrachtet bietet genau dieses Zusammenspiel eines digitalen negativ verzinsten Euros mit der Energie-Zweitwährung ein stabiles System, das die Schere von Arm und Reich wieder schließen könnte. Sparer, denen die Energiewährung nicht gefällt, weil sie keinen Profit abwirft, können immer noch Aktien erwerben um auf Einnahmen durch Dividenden zu spekulieren. Allerdings werden Dividenden in Zukunft gering ausfallen. Zu leicht werden sich Unternehmen statt über Aktienausschüttung über Kredite finanzieren können. Denn wenn Banken das Geld für Rücklagen von den Sparern nehmen anstatt von den Kreditnehmern, werden Kredite günstig.

Die Energiewährung kann aber auch eine Zuflucht sein, falls der digitale Euro gänzlich scheitert. Es gibt gute Gründe, warum er scheitern könnte. Nach dem oben dargestellten Geldverständnis sollte Geld durch reale Leistungen von Kreditnehmern gedeckt sein. Ist es aber der Staat selbst, der sich verschuldet, um Geld in die Welt zu setzen, dann muss die Frage gestellt werden: Was leistet der Staat real? Seine Unternehmen, wie die Straßenbau-AG mögen reale Leistungen erbringen und somit kreditwürdig sein. Aber doch nicht der Verwaltungsapparat des Staates! Dieser verteilt doch nur Geld um!

Er ist vergleichbar mit einer Ernteausfallversicherung. Auch sie verteilt nur das Geld der Bauern um. Dabei entsteht aber keine neue Wertschöpfung. Und die Wetten am Finanzsektor (Derivate genannt) sind wie Geld auf einem Spieltisch. Auch hier wird nur umverteilt, ohne dass einer der Beteiligten etwas Reales schafft, womit Geld gedeckt werden könnte!

Auch vorhandener Besitz, der gar nicht zum Verkauf steht, kann Geld nicht decken. Er kann Kredit sichern, aber abgebaut muss der Kredit durch reale Leistungen werden, die auf den Markt kommen. Wer nicht glaubwürdig reale Leistung erbringt, darf nicht als kreditwürdig erachtet werden!

Die Zukunft der Demokratie

Angesichts der Tatsache, dass die EU derzeit mit Druck an der Einführung des digitalen Euros arbeitet, wird die dystopische Vorstellung eines Staates, der seine Bürger durch programmierbares Geld lenkt, immer präsenter. Dies führt bei vielen Menschen zur totalen Ablehnung der gesamten Staatskontrolle. Sie träumen von einer Gesellschaft, die nicht hierarchisch strukturiert ist.

Historisch gesehen hat es so etwas aber noch nie gegeben. Im Gegenteil, die Staatsmacht in Diktaturen war noch viel strenger hierarchisiert. Und selbst in grauer Vorzeit, als die Menschen noch in Sippen lebten, waren diese wohl hierarchisch strukturiert. Allerdings hatte in einer derart kleinen Einheit der Einzelne noch mehr Einfluss. Dass sich eine Gruppe hierarchisch strukturiert scheint naturgegeben, denn selbst Tiere, die in Rudeln leben, tun dies.

Die Geschichte kennt aber auch Fälle, in denen Staatsstrukturen völlig zerfallen sind. Danach folgte eine Zeit des Raubrittertums. Es gibt auch heute in vielen Ländern Zonen, in denen der Staat die Kontrolle verloren hat und in denen dann die Mafia regiert.

Auf die Frage wie eine ideale Staatsform aussieht, ergibt sich daraus eine klare Antwort: Sie ist hierarchisch, aber gibt dem Einzelnen die maximale Freiheit. Die Freiheit des Einzelnen endet lediglich dort, wo er die Freiheit des Anderen beschneidet. Dies ist durch konsequente Umsetzung Subsidiaritätsprinzips erreichbar.

Das Subsidiaritätsprinzip besagt: Jedes Problem muss auf der niedrigsten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie gelöst werden, die es zu lösen vermag. Erst wenn es auf einer unteren Stufe nicht gelöst werden kann, bemüht sich die nächsthöhere Ebene für eine Lösung. Diese Lösung gilt aber nur für jene Einheit, die zu einer Lösung nicht fähig war. Alle anderen unteren Einheiten können bei ihren individuellen Lösungen bleiben.

Betrachten wir einige Problemstellungen, so stellen wir fest, dass sie sich schnell einer Ebene der Hierarchie zuordnen lassen, welche sie lösen könnte.

Wie krumm eine Gurke sein darf, die ein Händler verkaufen kann: Das entscheiden seine Kunden.

Ob am Tisch geraucht werden darf: Das entscheidet die Familie.

Was in der Volksschule unterrichtet wird: Das entscheidet das Dorf.

Welche Autobahn gebaut wird: Das entscheidet das Bundesland.

Was man für einen Führerschein können muss: Entscheidet der Staat.

Wie Steuerflucht bekämpft werden kann: Entscheiden internationale Übereinkommen.

Um dem Einzelnen die maximal mögliche Freiheit zu gewähren, ist es dringend notwendig, dass der Staat oder Staatenverbund dieses Prinzip einhält und sich nicht in Angelegenheiten einmischt, die auf niedrigen Ebenen gelöst werden können.

Auf allen Ebenen muss es Politiker geben, die das Volk vertreten, vom Bürgermeister bis hinauf zu den Abgeordneten im Parlament. Wichtig ist dabei aber, dass sich jene, die oben sitzen, von unten hinauf gedient haben müssen oder sich einer direkten Wahl durch das Volk stellen mussten.

Damit Wahlen überhaupt zu einem objektiven Ergebnis kommen können, braucht es bei der Finanzierung der Medien eine Gewaltentrennung. Der Wähler muss über das Programm seiner zukünftigen Abgeordneten informiert werden, um eine Wahl treffen zu können. Aber diese Information sollte von unabhängigen Medien bereitgestellt werden. Bezahlte Wahlwerbung sollte es gar nicht geben, ansonsten werden Politiker durch Geldmächte gekauft, die ihr Wahlprogramm finanzieren. Da sie sich später bei diesen Geldgebern revanchieren müssen, kommt es in diesem Fall immer zu einer Politik für die Reichen.

Lösungen sind da, aber sie sind politisch nicht erwünscht

Dieser Text wurde geschrieben um aufzuzeigen, dass praktikable Lösungen für unsere heutigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme bekannt, aber politisch nicht erwünscht sind.

Reiche Menschen haben mehr Einfluss auf die Gesetzgebung als arme. Aber reiche Menschen wollen ein Finanzsystem, das zu einer Umverteilung nach oben führt, denn davon leben sie. Und sie befürworten eine zentrale Macht in Form einer Scheindemokratie, auf die sie mehr Einfluss ausüben können als die Summe der „kleinen Leute“.

Trotzdem bin ich überzeugt, dass es Menschen gibt, die nach politischem Einfluss streben, weil sie denken sie könnten dann etwas für die breite Masse tun, aus der sie hervor gehen; Menschen also, die ihren Lebenssinn darin sehen, sich für das Volk einzusetzen. Es liegt an uns als Volk, diese Menschen zu erkennen und nach oben zu wählen.

Ich habe diesen Text genau für solche echten Volksvertreter geschrieben, damit sie, wenn sie einmal die Hebel der Macht zu greifen bekommen, wissen, welcher Hebel eine wesentliche positive Wirkung auf unser aller Zusammenleben haben könnte. Es gilt zu zeigen, dass es nicht nur den linken und rechten Hebel gibt. Anders als Politikerreden es vermuten lassen, gibt es nicht nur den Weg, Geld umzuverteilen. Um die Zukunft zu meistern, bedarf es kreativer Maßnahmen und eines völlig neuen Aufbaus des gesamten politischen Apparates.

Ich wünsche mir dass sich alle Bürger wieder in die Diskussion über den idealen Staat einbringen anstatt zu resignieren. Ich will zeigen, dass Ideen jenseits linker und rechter Ideologien existieren. Wichtig ist, dass Bürokratie reduziert wird. Diesbezüglich scheint mir die Idee gut, dass für jedes neue wirkungsvolle Gesetz zwei alte wirkungslose aufzuheben sind.

Die EU hat sich zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verpflichtet. Wir sollten ihr das auch abverlangen. Es darf nicht so bleiben wie es heute ist, dass 90% aller Gesetze aus dem EU-Parlament kommen, welches diese meist nicht selbst geschrieben hat, sondern von einer EU-Kommission zum unterzeichnen vorgelegt bekommt. Diese Kommission ist eine reine Lobby-Vereinigung die wir nicht gewählt haben.

Wir Bürger sind uns in einem Punkt alle einig: Wir wollen mehr Demokratie von unten. Das können wir aber nur erreichen, indem wir uns nicht in links und rechts spalten lassen und auch nicht in Inländer und Migranten. Wir sollten vielmehr auf das konkrete Programm unserer Volksvertreter achten und notfalls auch einmal völlig neue Kleinstparteien nach oben wählen.

Und wir Bürger sind uns auch einig, dass Geld korrekt abgerechnet werden muss. Es gilt zu zeigen, dass dies heute aufgrund der induzierten Inflation durch ungedecktes frisch geschaffenes Geld nicht so ist.

Vielleicht können wir uns auch einmal einigen, dass eine Energiewährung von Vorteil wäre. Ich jedenfalls bin davon überzeugt. Wurde einst die Macht des Adels durch den Aufstieg des Geldadels gebrochen, so wird die Macht des Geldadels in Zukunft durch den nicht manipulierbaren Wert der Energiewährung egalisiert werden.

Stadt Haag am 28.11.2023

MMag. Manfred Gotthalseder

P.S.: Dieser Text darf frei vervielfältigt und weiterverbreitet werden.

Würden alle Bürger die Probleme unseres Kreditgeldsystems verstehen, wäre eine Diskussionsbasis geschaffen, um parallel dazu eine Energiewährung einzuführen. Letztere könnte die negativen Seiten der Digitalisierung des Euro abfedern. Für echte Demokratie müsste das Subsidiaritätsprinzip allgemeines Gedankengut werden.